

**Rede
der stellv. Fraktionsvorsitzenden und Fraktionsprecherin
für Haushalt und Finanzen**

Renate Geuter, MdL

zu TOP Nr. 2d in der Aktuellen Stunde

**Nach den #Panama Papers: Schlupflöcher endlich
schließen, Steuergerechtigkeit herstellen**

während der Plenarsitzung vom 13.04.2016
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

auch wenn wir es alle schon lange wussten, dass es Briefkastenfirmen in steuerbegünstigten Staaten gibt – stellen aber jetzt fest, dass bisher offensichtlich nur die Spitze des Eisberges von internationaler Steuervermeidung und Steuerhinterziehung entdeckt worden ist.

Dabei betrifft das Panamadatenleck nur ein Land – eine Kanzlei – und zeigt uns aber dennoch ein weltumspannendes System in einer Detailtiefe, Unmittelbarkeit und zeitlichen Nähe, wie es vorher undenkbar war.

An diesen dubiosen Geschäften zur Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Geldwäsche waren auch deutsche Banken, Unternehmen und Privatpersonen beteiligt.

Das macht den dringenden Handlungsbedarf deutlich, weil im Kampf gegen Steuerflucht bisher nicht genug getan wird und wir sehr viel konsequenter handeln müssen. Dieses Wissen um die Dimension des Schadens ist eine wichtige Grundlage, politisch notwendige Prozesse jetzt endlich wieder oder wieder neu in Gang zu setzen.

Auch wenn nach jetzigem Stand viele der Geschäfte, die öffentlich geworden sind, nicht illegal sind, müssen wir uns nach meiner Meinung verabschieden von der Vorstellung, dass anonyme, nicht börsenorientierte Briefkastenfirmen irgendeinem legitimen Zweck dienen können.

Die Mehrung des Gemeinwohls steht auf jeden Fall nicht im Interesse derer, die so eine Firma eröffnen und vollständige Transparenz ist auch nicht deren Ziel. Daher sind auch Zweifel erlaubt, ob der Versuch, solche Gesellschaften in unschädliche leere Firmenmäntel einerseits und in schädliche Briefkastenfirmen andererseits einzuteilen uns weiterhin im Kampf gegen den systematischen Steuerbetrug.

Der rote Faden in den Panama Papers ist die Geheimhaltung, die es den Tätern ermöglicht, illegale Erträge aus Korruption, Steuerhinterziehung, Drogengeld usw. zu waschen.

Zukünftig muss nach unserer Überzeugung generell offengelegt werden, wem Vermögen tatsächlich gehört, egal wo und in welcher Anlageform es vorliegt – dazu ist das vorgesehene Transparenzregister ein erster und wichtiger Schritt – wir werden sehr darauf zu achten haben, dass hier nicht durch die Hintertüre neue Umgehungsmöglichkeiten offengehalten werden.

Banken kommt bei diesem System der Briefkastenfirmen eine Schlüsselrolle zu – nicht nur bei der Vermittlung, sondern auch bei der Bereitstellung von Kontoverbindungen und Bankdienstleistungen. Es ist in Deutschland u.a. bislang nicht strafbar, wenn Banken ausländischen Kunden bei der Hinterziehung ausländischer Steuern behilflich sind.

Niedersachsen hat bereits 2014 eine Bundesratsinitiative zur Bekämpfung von Steuerstraftaten im Bankenbereich in den Bundesrat eingebracht. Die Vorschläge mit dem Ziel eines konsequenten Vorgehens gegen Banken im Falle systematischer Beihilfe zur Steuerhinterziehung sind jetzt unverzüglich umzusetzen.

Finanzminister Schäubles jetzt vorgestellter 10-Punkte-Plan zur konsequenten Bekämpfung von Steuerbetrug, trickreicher Steuervermeidung und Geldwäsche enthält auch viele – z.T. auch bekannte Ideen – ist aber auch unzureichend, wie ich an einem Beispiel klarstellen möchte.

Es reicht nicht aus, Panama zur Kooperation aufzufordern, solange es zig andere Schattenfinanzplätze auf der Welt gibt, in die Geldwäscher und Steuerflüchtlinge ausweichen können. Das führt dann lediglich zum Ansturm auf verbleibende Megaoasen.

Panama Papiere zeigen, dass es bei diesem Thema nicht um einzelne schwarze Schafe geht, sondern um einen systematisch betriebenen Betrug am ehrlichen Steuerzahler.

Konkrete Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene gegen internationale Steuerflucht und Steuerhinterziehung sind damit auch ein zentraler Beitrag zur Stärkung der Steuergerechtigkeit.